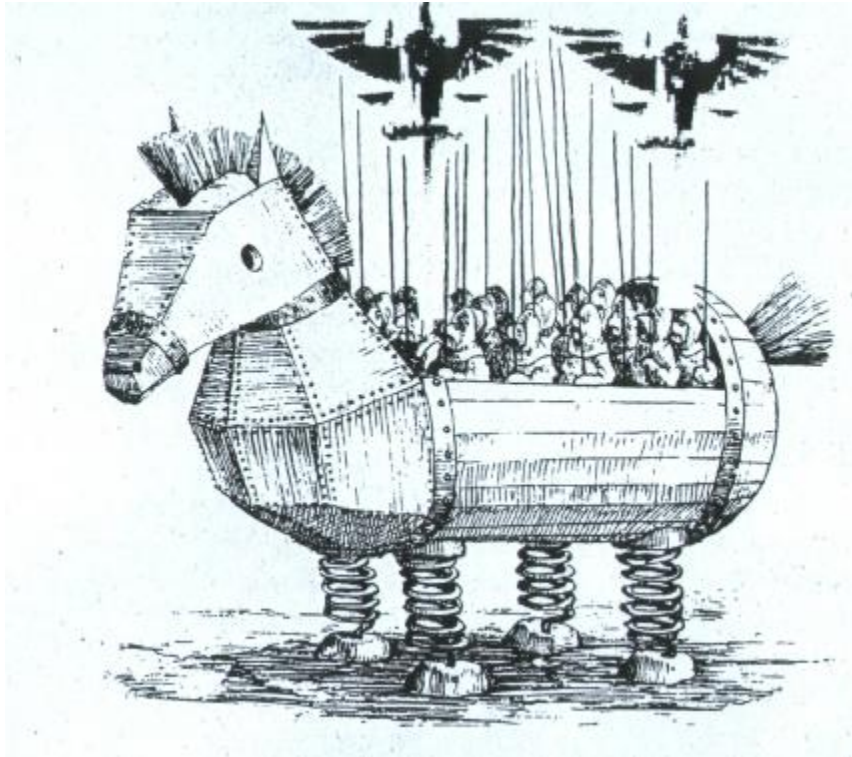


Die Staatsanwaltschaft Aachen

Das trojanische Pferd der Diktatur in der Demokratie

^



Frei nach Kurt Halbritters „Waffenarsenal“

Die deutsche Justiz hat eine blutige Tradition. Keiner der Blutrichter des Nazireiches wurde für seine Taten verurteilt. Ungebrochen konnte das Nazipersonal nach 1945 die neue Generation von Juristen ausbilden. Sie musste dafür vorerst einen neuen Rahmen, den Verfassungsstaat der Bundesrepublik, akzeptieren. Das hindert sie aber keinesfalls, diesen Rahmen immer wieder auszudehnen und zu überschreiten. Wie schon während der Weimarer Republik steht die Deutsche Justiz rechts und sie verortet ihren Feind links. Karrieren werden in der Justiz nicht durch demokratisches Engagement, sondern durch rechte Kumpanei und Anpassertum gemacht.

Zugegeben, alle Pauschalurteile sind ungerecht und auch in der deutschen Justiz gibt es Ausnahmen von diesen Regeln. Für die Aachener Staatsanwaltschaft aber gilt das Gesagte uneingeschränkt. Die politischen Staatsanwälte in Aachen sind bundesweit dafür bekannt, dass sie gegenüber Neo-Nazis blind sind, in ihrem Kampf gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten die demokratischen Errungenschaften des Rechtsstaats aber als Fessel begreifen. Der fanatische Kampf der Staatsanwälte gegen Linke ist maßlos. Grundlagen des Rechtsstaats wie die Verhältnismäßigkeit der Mittel werden außer Kraft gesetzt. Das geht soweit, dass die Staatsanwälte sich zum Erfüllungsgehilfen der Nazis machen, ja für die Nazis Material über ihre Gegner zusammenstellen. Manchmal gibt es Richter, die sich diesem staatsanwaltlichen Wüten entgegenstellen, oft aber sind Richter auch willige Helfer.

Staatsanwaltschaften behaupten oft, sie dienen nur dem Recht und würden gleichermaßen gegen Rechts und Links vorgehen. Sie nennen es Totalitarismustheorie und behaupten, das stünde im Grundgesetz. Weder das eine noch das andere stimmt. Im Grundgesetz und in den Länderverfassungen stehen ausdrücklich antifaschistische Forderungen. Die Praxis der deutschen Justiz ist denn auch nie gewesen, gegen Rechts und Links vorzugehen. Wie schon in der Weimarer Republik paktiert die Justiz mit allen rechten Kräften gegen Links. Gleichzeitig erheben die Staatsanwaltschaften in der Öffentlichkeit ein großes Wehklagen, es fehle an Geld und Personal und sie könnten ihre tägliche Arbeit nicht mehr schaffen. Ohne den ideologischen Fanatismus hätten zumindest in Aachen Staatsanwälte ein Menge Zeit.

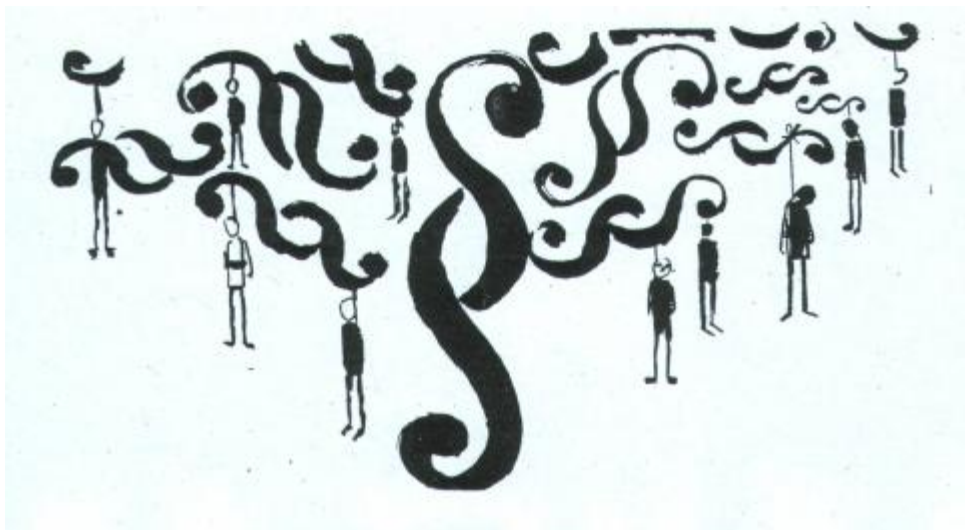
„Nazis raus!“ - eine Beleidigung?

AntifaschistInnen der Region haben am 17. Mai bekannte und führende Neonazis der Region der Öffentlichkeit vorgestellt. Während einer Busrundfahrt wiesen die AntifaschistInnen darauf hin, dass die Neonazis weitgehend ungestört ihre verbrecherische Propaganda verbreiten, Jugendliche und AusländerInnen einschüchtern usw. Die AntifaschistInnen reagierten damit auf die jahrelange Untätigkeit der Strafverfolgungsbehörden gegenüber dem Neofaschismus in der Region. Am Vorabend der Fahrt hatten Neonazis, die sich "Kameradschaft Aachener Land" nennen, ein Jugendkonzert in Stolberg mit Reizgas und Ketten stören wollen. Die Polizei reagierte spät und nur die Besonnenheit der Veranstalter verhinderte weitergehende Tötlichkeiten. Vorher hatten die Neonazis anonym kleine Zettel in Stolberg verteilt, auf denen der 8. Mai 1945 als "Niederlage" bezeichnet wurde. Neben einer Darstellung aus dem "Stürmer", einer Karikatur eines Juden, wurde der 2. Weltkrieg "unabwendbar" genannt, von "Verrätern und Scharlatanen" ist die Rede.

Die Nazis fühlen sich selbstverständlich durch das Eingreifen der AntifaschistInnen gestört. Für ihre Umtriebe brauchen die Nazis ein ruhiges Hinterland, im direkten Umfeld wollen sie unerkant bleiben, um ungestörter für ihre Nazi"kameradschaft" arbeiten zu können. Die Nazis haben deshalb Anzeige gegen einen Vertreter der Eschweiler Bürgerinitiative Gemeinsam gegen Neonazis und weiterhin gegen "unbekannt" gestellt. Sie fühlen sich beleidigt, weil sie Nazis genannt wurden. Ein Witz. Die Staatsanwaltschaft aber machte die Sache der Nazis zu ihrer eigenen. Der Antifaschist musste eine Hausdurchsuchung über sich ergehen lassen. Er wurde erkennungsdienstlich behandelt und die dabei gemachten Fotos wurden den Nazis zur Begutachtung vorgelegt.

Nach ca. 3 Monaten haben Polizei und Staatsanwaltschaft „herausgefunden“, dass der Eschweiler Antifaschist tatsächlich nicht an dieser Aktion gegen die Neonazis teilnahm. Staatsanwalt Burr fand darauf einen willfährigen Richter, der eine erneute Hausdurchsuchung anordnete. Dabei wurde der PC beschlagnahmt, angeblich wegen des Verdachts der „Beihilfe“ zur Beleidigung. Natürlich fanden die „Fahnder“ auch diesmal nichts, zumindest nicht das, wonach sie angeblich suchen wollten. Der Vorwurf der „Beihilfe“ ist offenbar völlig aus der Luft gegriffen. Er ist nur ein Vorwand, um die antifaschistische Szene auszususpionieren. Die hier gesammelten Erkenntnisse werden per Akteneinsicht an die Anwälte der Neonazis weitergeben.

Der Geschäftsführer der PDS im Kreistag wurde unter Androhung unmittelbaren Zwangs zum Fototermin gezwungen. Auch seine Fotos werden den Nazis vorgelegt. Mittlerweile hat Staatsanwalt Burr in seinem Verfolgungswahn auch hier eine Hausdurchsuchung bei einem (unaufmerksamen oder äußerst rechten) Richter durchsetzen können, angeblich, um ein Megaphon zu beschlagnahmen, was einerseits Unsinn ist und natürlich auch erfolglos blieb. Kein Richter, kein Politiker erinnert den Staatsanwalt Burr an das Willkürverbot oder weist auf die Verhältnismäßigkeit der Mittel hin, die auch einen Staatsanwalt verpflichtet. Die Staatsanwaltschaft Aachen hat 11 AntifaschistInnen vorgeladen, um von ihnen Aussagen zur Belastung des PDS Geschäftsführers zu erreichen. Vorgeladen wurden die „üblichen Verdächtigen“, deren Namen und Adressen den Nazis über deren Anwälte nunmehr ebenfalls zur Verfügung stehen.



(George Grosz)



(1984)



» Jetzt will ich Ihnen mal was sagen:
Was man uns heute so vorsetzt,
das hätte man früher mit Recht...«

(Kurt Halbritter)

Dem Staatsanwalt Burr reicht der überflüssige Hinweis, er ermittle „ohne Ansehen der Person“. Das wäre wohl das erste Mal, da die Staatsanwaltschaft Aachen schon immer ohne Anteilnahme und ohne Erfolg gegen Neonazis vorging und erst dann „aufblüht“, wenn es gegen Linke geht. Mittlerweile ist auch die Friedensbewegung ins Visier der Staatsanwaltschaft geraten. Wer Soldaten in alle Welt schickt, um an „Interventionen“ teilzunehmen bricht zwar Grundgesetz und Völkerrecht, ist aber vor der deutschen Staatsanwaltschaft sicher. Wer dagegen opponiert wird zum innenpolitischen Feind erklärt und kriminalisiert.

Hunger auf PC`s oder vom Wahn der Allwissenheit

Staatsanwaltschaften in Aachen, aber auch in anderen Städten beschlagnahmen in letzter Zeit mit Vorliebe ganze PC`s. Unser Protest gegen die Machenschaften der Aachener Staatsanwaltschaft ist deshalb mit einer Kunstaktion verbunden, während derer wir aus alten PC`s ein symbolisches trojanischer Pferd bauen, um es der Staatsanwaltschaft zu übergeben. Trojanisch kann übrigens auch ein Wurm sein, den sich die Staatsanwälte mit der Beschlagnahme unserer PC`s ins Haus holen.

Jede® weiß, dass die Neonazis Listen ihrer Gegner anlegen und den Menschen auf ihren Listen Gewalt bis hin zu Mord androhen. Und sie belassen es nicht bei Drohungen. Auf den Internetseiten der Aachener Nazis stehen haufenweise solche Drohungen. Einige dieser Nazis sind wegen Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung bereits vorbestraft und selbstverständlich weiß die Staatsanwaltschaft davon.

Schlampig gegen Nazis- Justiz auf dem rechten Auge blind

Bis heute ist es der Staatsanwaltschaft Aachen nicht gelungen, die Aktivisten der Kameradschaft zu belangen, obwohl die Herren sich mit Hitler-Gruß im Internet präsentieren. Den bekannten NPD Aktivisten Schlee schont sie, indem sie so schlampig ermittelt, dass der Betroffene mangels Beweisen freigesprochen werden musste. Ein Neonazi, der der Jüdischen Gemeinde mit der Verschickung von Milzbrandregern droht, kann ungeschoren nach Hause gehen, weil das Material angeblich nicht ausreicht. Ein mehrfach vorbestrafter Nazi, der ehemalige FAP Vorsitzende Busse, darf in Stolberg öffentlich auftreten und referieren, obwohl es mehrere andere Städte gibt, wo er Rede- und Auftrittsverbot hat, weil er immer gegen bestehende Gesetze verstößt, sobald er redet. Die Polizei schützt die Veranstaltungen der NPD gegen Proteste.

In Eschweiler lebt der in den Niederlanden zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilte Naziverbrecher und Mörder Boere. Er selbst rühmte sich seiner Taten im Fernsehen. Obwohl das seit Jahren bekannt ist, hat die Staatsanwaltschaft Aachen bis heute nicht einmal mit Ermittlungen begonnen. Ein Auslieferungsverfahren soll jetzt solange verschleppt werden, bis Boere, heute immerhin 82 Jahre alt, nicht mehr verhandlungsfähig ist.

Nazis- vom Staat unterwandert?

Die Öffentlichkeit wird systematisch belogen. Fernsehdeutschland weiß mittlerweile, dass in der NPD jeder Siebte ein Verfassungsschutzagent ist. "Kameradschaft Aachener Land" und NPD arbeiten nach eigenen Angaben eng zusammen und sind teildentisch. Wie viele Mitglieder der "Kameradschaft" arbeiten also für den Staat? Die Gruppe besteht aus einem harten Kern von 15-20 Leuten. 2 bis 3 davon begehen ihre Delikte und bekommen vom Staat dafür Geld. Der Staat aber weiß von nichts. Er wird angeblich nicht vor Straftaten gewarnt, die er verhindern könnte und er muss die Täter ungeschoren lassen, weil ein erneuter Spitzelvorfall in der Öffentlichkeit seit dem Reifall des NPD- Verbotsverfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht kaum noch toleriert würde. Wer soll den Behörden noch glauben?

Gleichzeitig tut die Staatsanwaltschaft das, was sie am besten kann und wofür sie ausgebildet wurde: der Kampf gegen Links. Wehe dem Antifaschisten, der eine Demonstration anmeldet, bei der einige TeilnehmerInnen nicht nur die genehmigte rechte Fahrspur, sondern vorübergehend auch die linke Fahrspur benutzen. Durch 2 Instanzen wird der junge Mensch verfolgt und die Verurteilung zu einer Geldstrafe ist dem Vertreter der Staatsanwaltschaft immer noch nicht genug.

Die Staatsanwaltschaft Aachen ist bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus ein Teil des Problems und nicht ein Teil der Lösung. Die Teile der Staatsanwaltschaft Aachen, die für politische Straftaten in den letzten Jahren zuständig waren, sollten dringend umbesetzt werden in solche Abteilungen, in denen der Korpsgeist des Kalten Kriegs der 50er Jahre weniger Schaden für die Demokratie anrichtet.

Alte und neue willige Helfer der Nazis

Im Aachener Gerichtsgebäude war im Sommer eine Ausstellung unter dem Titel „Anwalt ohne Recht“ zu sehen. Sie beschreibt die Aussonderung der jüdischen Anwälte ab 1933 bis zu deren Flucht, Inhaftierung und/ oder Ermordung. Über die Justiz vor und während der Nazizeit kann man in der Ausstellung die Aussage des Anwalts Dr. Philipp Löwenfeld, SPD, lesen: „Das erbärmliche und charakterlose Lavieren der deutschen Justiz ist nach meiner festen Überzeugung eine der wesentlichen Ursachen für den Niederbruch des demokratischen Verfassungssystems in Deutschland“ (1943).

Selbstverständlich kann niemand ernsthaft die Zeit von 1933 mit dem Jahre 2004 gleichsetzen. Der rechtliche Rahmen ist trotz vieler Verschlechterungen der letzten Jahre ein anderer. Aber die Geisteshaltung vieler hat sich doch recht wenig geändert. Staatsanwälte behaupten, sie führten ihre Arbeit „ohne Ansehen der Person“ oder gar „gegen rechts und links“ aus. Aber sie sind nicht bereit oder in der Lage zu reflektieren, dass genau diese Haltung schon in der Weimarer Republik eine Lüge war, ein Vorwand, unter dem der „Niederbruch des demokratischen Verfassungssystems in Deutschland“ betrieben wurde.



visdP: Kurt Heiler, Aachen